



arbeitsgemeinschaft der
eine welt-landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Global
Call to Action
Against Poverty



Forum Umwelt
und Entwicklung



NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung
Reem Alabali Radovan
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Oktober 2026

Gelegenheitsfenster am 30. November in Nairobi nutzen: Die Bundesregierung soll sich für faire internationale Steuerregeln einsetzen

Sehr geehrter Frau Bundesministerin Reem Alabali Radovan,

beständig wird gesagt, es fehle das Geld – weshalb in Deutschland und anderen Ländern die Etats für die internationale Entwicklungszusammenarbeit zusammengestrichen werden. Gleichzeitig wissen wir: Jährlich entgehen den öffentlichen Kassen Milliardensummen durch Steuerbetrug und Lücken im Steuersystem. Multinationale Konzerne fahren Rekordgewinne ein und verschieben trotz aller Reformbemühungen mehr als 1.000 Milliarden Euro davon in Steueroasen. Allein der Gewinn des profitabelsten Unternehmens der Welt wird 2026 höher liegen als die gesamten ODA-Flüsse in den Globalen Süden. Auf die Gewinne der größten und profitabelsten Konzerne wird meist nur ein geringer globaler Mindeststeuersatz von etwa 15 Prozent Steuern fällig, der in der Regel nicht dort gezahlt wird, wo diese erwirtschaftet wurden. Die Vermögen der Milliardäre wachsen auch in Krisenzeiten weiter, auch weil sie effektiv weniger Steuern zahlen als Pflegekräfte, Lehrer*innen, Bäcker*innen und Ärzt*innen. Dabei wird das Geld dringend für die Finanzierung globaler Nachhaltigkeitspolitik benötigt. Und es gibt mit der UN-Steuerkonvention – im Gegensatz zu den leider gescheiterten Versuchen der OECD – auch realistische Wege, zu einer internationalen Regelung zu kommen. Deutschland kann und soll dafür eine entscheidende und starke Stimme sein.

Staatseinnahmen sind das Fundament für einen starken Sozialstaat, der nachhaltiges und inklusives Wachstum für alle Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Das ist wichtig für Deutschland und für die Länder des Global Südens. Progressive Steuern sind entscheidend um Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern. Im Globalen Süden gelingt es jedoch nur wenigen Ländern, ausreichende Staatseinnahmen zu generieren. Außerdem ist es oft die ärmere Bevölkerung, die über Konsumsteuern einen Großteil der Finanzierungslasten trägt. Das globale Unternehmenssteuersystem befördert den schädlichen Wettbewerb um die geringsten Steuersätze und benachteiligt Länder niedrigen Einkommens systematisch.

Anonyme Strukturen erlauben es Superreichen, Vermögen ohne Rechenschaft und Kontrolle zu investieren und machen es für Regierung schwierig deren Vermögen zu besteuern. Faire internationale Steuerregeln sind deshalb ein Schlüssel zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. In der Vergangenheit wurden sie bei der OECD, dem Club der reichen Industrieländer, hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet. Die Entwicklungsländer saßen – wenn überhaupt – am Katzentisch. Auf Initiative der Gruppe afrikanischer Staaten wurden Verhandlungen über eine UN-Steuerkonvention im inklusiven Rahmen der Vereinten Nationen eingeleitet. Ihr öffentlicher Charakter ermöglicht es, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Verhandlungen bieten ein historisches Gelegenheitsfenster, die Besteuerung von multinationalen Konzernen und Superreichen in den Dienst nachhaltiger Entwicklung zu stellen. Deutschland und die EU sollten die Verhandlungen proaktiv mitgestalten, agieren bislang aber eher zurückhaltend.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen für eine starke UN-Steuerkonvention einzusetzen, insbesondere für:



arbeitsgemeinschaft der
eine welt-landesnetzwerke
in deutschland e.v.



**Global
Call to Action
Against Poverty**



Forum Umwelt
und Entwicklung



**NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

1. Die gerechte Besteuerung multinationaler Konzerne

- Um das Steueraufkommen insgesamt zu erhöhen, in Deutschland, der EU und im Global Süden.
- Damit die Länder des Globalen Südens ihren gerechten Anteil vom Steuerkuchen abbekommen, müssen Besteuerungsrechte international gerecht verteilt werden. Besteuerung muss die globalen Gewinne von Unternehmen in den Blick nehmen und da ansetzen, wo Produktion und Beschäftigte angesiedelt sind und wo die Produkte verkauft werden.

2. Ein Ende des globalen Niedrigsteuerwettbewerbs

- Dem „Wettbewerb nach unten“ um die niedrigsten Steuersätze muss durch einen wirksamen Mindestsatz ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu ist es wichtig, die Geburtsfehler der 2021 beschlossenen globalen Mindeststeuer auszubügeln. Der bei der OECD beschlossene Satz von 15 Prozent ist zu niedrig und wird am falschen Ort fällig. Dadurch bleibt der Anreiz zur Gewinnverschiebung bestehen und Steueroasen sind die Hauptprofiteure. Der Mindeststeuersatz sollte bei 25 Prozent liegen und die Quellenländer der Gewinne stärker an den Einnahmen beteiligt werden.

3. Die effektive Besteuerung von Superreichen

- Die UN-Steuerkonvention muss kurzfristig durch internationalen Datenaustausch, Mindeststandards für die Besteuerung von Vermögen und Wegzug sowie einen Austausch zu *best practices* die Grundlage schaffen, dass die „Domestic Resource Mobilisation“ im Globalen Süden, dafür sorgen kann, dass starke Schultern stärker in die Verantwortung genommen werden als schwache.
- Langfristig sollte eine international koordinierte Mindestbesteuerung für sehr vermögenden Privatpersonen (Milliardärssteuer) dafür sorgen, dass Superreiche anteilig mindestens so hohe Steuern zahlen, wie Arbeitnehmende und sich der Besteuerung nicht entziehen können.
- Für Deutschland bedeutet das konkret (1) eine Reform der Erbschaftsteuer für Superreiche ohne Ausnahmen für Betriebsvermögen, (2) die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit hohen Freibeträgen und hohen Spitzensätzen, (3) die umfassende Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem progressiven Steuersatz der Einkommensteuer (4) die Absicherung und konsequente Durchsetzung der deutschen Wegzugsteuer.
- Bekämpfung von Steuervermeidung und Korruption durch Transparenz: Es braucht europa- und weltweit vernetzte und geprüfte Register über Wirtschaftliche Eigentümer, sowie die öffentliche länderbezogene Berichterstattung für große Konzerne.
- Außerdem muss der automatische Informationsaustausch für Finanzkonten für alle Länder zugänglich gemacht, auf Immobilien ausgeweitet und allen Ländern für Korruptionsermittlungen zugänglich gemacht werden.

Die Bundesregierung sollte die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen und deren breite multilaterale Legitimation nutzen, um die internationalen Steuerregeln in den Dienst nachhaltiger Entwicklung zu stellen. Dafür sollte sie am 30. November in Nairobi mit allen beteiligten Ministerien für die Verhandler*innen vor Ort ambitionierte Ziele formulieren.

Mit freundlichen Grüßen

[Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland](#)

[Global Call to Action Against Poverty](#)

[Forum Umwelt und Entwicklung](#)

[Global Policy Forum Europe](#)

[Netzwerk Steuergerechtigkeit](#)

Kontakt: Dr. Simon Ramirez-Voltaire, Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, Tel.: 030-23462514, geschaeftsfuehrung@agl-einewelt.de